

Der aufhaltsame ^{W2}Aufstand

A411L10

Warum die Anti-Atomtod-Kampagne von 1958

steckenblieb / Von Josef Joffe

DOSSIER

Auf dem Hamburger Rathausmarkt hatten sich am 16. April 120 000 Demonstranten versammelt; am 1. Mai wälzte sich eine kilometerlange Kolonne durch Mannheims Straßen in Richtung Marktplatz. Im ganzen Land protestierten Hunderttausende mit Sprechchören und Transparenten gegen die taktisch-atomare Ausrüstung der jungen Bundeswehr.

Des Volkes schweigende Mehrheit sprach 1958 noch beredter. Über die Hälfte erklärte sich bereit, gegen die Atomrüstung zu streiken; 83 Prozent der Befragten wehrten sich gegen den Bau von Atomraketen-Basen auf deutschem Boden. Die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ brachte vor einem Vierteljahrhundert Menschenmassen auf die Straßen und Plätze der Republik, von denen die neue deutsche Friedensbewegung bislang nur träumen konnte.

Und dennoch dauerte der plebiszitäre Aufruhr nur ein halbes Jahr. Schon im Juli 1958 war der Elan der Kampagne gebrochen, der Kanzler in Sicherheit. Adenauers Entscheidung wurde in den folgenden Jahren Wirklichkeit: Die Bundeswehr erhielt ihre atomaren Trägerwaffen, die Amerikaner stationierten die dazu passenden Gefechtsköpfe auf deutschem Boden.

Was war geschehen? Warum stieß das Massenaufgebot ins Leere?

„Schuld“ daran war paradoxerweise die SPD — die angeschlagene Oppositionspartei, die sich nach dem Wahldesaster von 1957 (Adenauer gewann die absolute Stimmenmehrheit) auf dem Felde der Friedensbewegung reiche politische Ernte ausgerechnet hatte. Zum erstenmal seit Geburt der Zweiten Republik hatte die SPD die Mehrheit des Volkes (in Sachen Atomrüstung) auf ihrer Seite. Plötzlich hatte die Partei ein scheinbar unaufhaltsames Vehikel zur Macht gefunden — und dennoch sprang sie nur mit einem Bein auf, weil jenseits der plebiszitären Schiene schon ein anderer Weg lockte: das Bad Godesberg-Programm von 1959, das die Abkehr vom Rest-Marxismus und die Hinwendung zum Bündnis, zur Wiederbewaffnung und zur Westbindung einläuten sollte.

Die Anti-Atom-Kampagne umfaßte eben nicht nur Pastoren, Pazifisten und DGB-Funktionäre, sondern auch Moskau-treue Kommunisten: gefährliche Genossen auf dem Weg in die staats-erhaltende Opposition. Schon im März 1958 proklamierte Erich Ollenhauer: „Es wird unter keinen Umständen eine gemeinsame Front mit der SED geben.“ Und Herbert Wehner fragte, „ob man denn mit allen Konsequenzen auf die Straße gehen wolle“. Seine Antwort: „Ich hielt diese Aktion für bedenklich. Ich hielt es für gefährlich, Stimmungen zu wecken und Personen zu sammeln, mit denen die Sozialdemokratie dann von einem bestimmten Punkt an gar nicht mehr weiterkonnte und sich dadurch zusätzlich den Weg zu den sogenannten durchschnittlichen Menschen verbaute.“

Rasch setzten sich auch die alten anti-populistischen Instinkte der Partei durch. Zwar machte das Schlagwort vom „Generalstreik“ die Runde, doch weder SPD noch DGB waren je bereit, diese Flächenwaffe gegen den Staat einzusetzen. Ollenhauer: „Die Partei wird der Union nicht den Gefallen tun, den Boden des Grundgesetzes zu verlassen.“ Der DGB gab sich nicht minder fügsam — das bezeugte ein Flugblatt mit der braven Parole: „Für einen besseren Bundestag!“

Was blieb? Die SPD machte noch einen letzten halbherzigen Versuch, Stimmungen in Stimmen zu verwandeln, indem sie Volksbefragungen in ihren Hochburgen Hamburg und Bremen organisierte. Das Bundesverfassungsgericht erklärte derlei außerparlamentarische Willensbildung prompt für verfassungswidrig.

Doch das Volk war inzwischen ohnehin abtrünnig geworden: In der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen am 6. Juli — die CDU wie SPD zum Prüfstein emporstilisiert hatten — gewann die Union zum erstenmal die absolute Mehrheit.

Konrad Adenauer wußte, wie man damals noch Wahlen in Deutschland gewann: Man mußte die SPD nur in die Ecke der Kommunisten drücken. Die Botschaft auf Tausenden von Wahlplakaten war simpel: „Adenauer oder Ulbricht?“ Die CDU kassierte eine Million neuer Stimmen, und die SPD kuschte. Es war das Ende der Bewegung „Kampf dem Atomtod“.

9